

JULI 2015



VOLLGELD INITIATIVE

AKTUELLE
INFOS

Liebe Leserin, lieber Leser

in dieser Info-Zeitung berichten wir über den erfreulichen Verlauf der Unterschriftensammlung in Richtung 100'000. Darüber hinaus bekommen Sie interessante Hintergrund-Informationen zum Geld- und Finanzwesen. Auf den folgenden Seiten stellen wir Ihnen als Abrundung zwei gelungene Berichte von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und dem St. Galler Tagblatt über die Vollgeld-Initiative vor.

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre!

Beste Grüsse, Ihr Vollgeld-Kampagnenteam

REKORDMONATE!

Es geht steil aufwärts: Drei Monate in Folge haben wir die Sammelrekorde gebrochen! Es ist ganz wichtig, dass wir diesen Trend nun aufrecht erhalten und auch noch neue SammlerInnen dazugewinnen, damit die Initiative erfolgreich eingereicht werden kann. Offizieller Sammelstand gültiger Unterschriften: Über 75'000!

72 PROZENT DER CASH-LESERINNEN WOLLEN VOLLGELD

Über 2200 Personen nahmen an einer Umfrage der Wirtschafts-Zeitung Cash über die Vollgeld-Initiative teil und sorgen für ein überraschend klares Bild: 72 Prozent antworteten mit „Ja“, hegen also Sympathien für unser Anliegen. Das freut uns natürlich sehr!

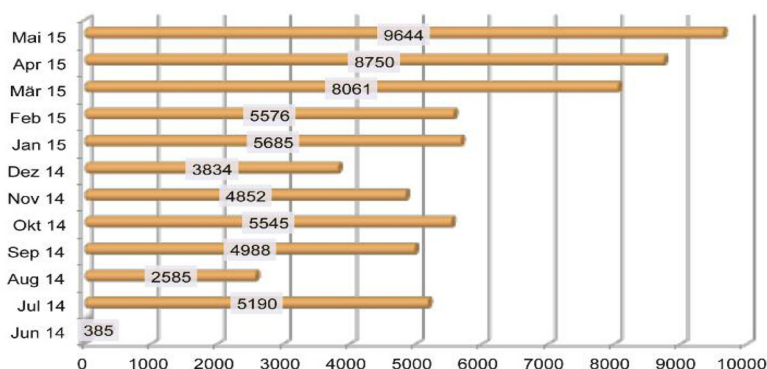
INTERPELLATION ZUM GELDWESEN EINGEREICHT

SP-Nationalrätin Jacqueline Badran hat in der Sondersession von Anfang Mai eine Interpellation zum Geldwesen in der Schweiz eingereicht. Sie und 17 weitere ParlamentarierInnen fordern vom Bundesrat Antworten auf wichtige Fragen zur Geldschöpfung des Bundes (Münzen), der Nationalbank (Banknoten) und der privaten Banken (Giralgeld).

ISLAND SCHNELLER ALS DIE SCHWEIZ?

Island hat in der Folge der Finanzkrise einen anderen Weg gewählt als zum Beispiel Irland,

Gesammelte Unterschriften



Portugal oder Spanien. Wie „The Telegraph“ meldet, erwägt die isländische Regierung derzeit die Einführung eines Vollgeld-Systems. Der Vorschlag entstammt einem Bericht mit dem Titel „Ein besseres Geldsystem für Island“ des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des isländischen Parlaments. Das Vorwort dazu hat Lord Adair Turner geschrieben, der ehemalige Chef der britischen Finanzaufsicht. Wenn Island als erstes Land Vollgeld einführt, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Schweiz nachzieht.

VOLLGELD-IDEE WIRD SALONFÄHIG

Wie in Island tut sich auch was in Kanada: Die Richter des kanadischen Bundesappellationsgerichtes haben ein Urteil bekräftigt, wonach die Zentralbank von Kanada nicht nur berechtigt, sondern auch angehalten ist, der kanadischen Regierung direkten zinsfreien Kredit einzuräumen. Von 1935 - 1974 hat die Zentralbank von Kanada durch zinsfreien Kredit an die kanadische Regierung direkt zu deren Finanzierung

beitragen. Das Geld diene umfangreichen Infrastruktur-Modernisierungen des riesigen Landes und dem Bau von Bildungseinrichtungen. Die Vollgeld-Initiative sieht explizit keine Staatsfinanzierung durch Kredite vor, aber eine Erstnumlaufbringung von neuem Geld über Bund, Kantone oder BürgerInnen ermöglicht ebenfalls den Ausbau des Service Public oder eine Reduktion der Steuern.

ÖFFENTLICHE VORLESUNGEN ZUM VOLLGELD

Immer mehr Wissenschaftler nehmen positiv zur Vollgeld-Reform Stellung. Im Mai 2015 referierte der wissenschaftliche Beirat der Vollgeld-Initiative, Prof. em. Dr. Joseph Huber, an der ETH-Zürich öffentlich über „die Krise des Geldsystems. Was Vollgeld ändern würde.“

Zwei Wochen später hielt Philippe Mastronardi, em. Professor für Öffentliches Recht der Universität St. Gallen und wissenschaftlicher Beirat der Vollgeld-Initiative einen Vortrag mit dem Thema: „Die Finanzbranche muss unter Vollgeld einen Service Public im Dienst der Realwirtschaft und der Gesellschaft erfüllen“.

Ende Mai stellte Dr. Thomas Mayer, ehem. Chefvolkswirt der Deutschen Bank, die Frage „Brauchen wir eine Geldreform?“ und beantwortete sie gleich selber mit einem deutlichen „Ja“ und veröffentlichte folgenden Kommentar:

*Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.06.2015,
von Dr. Thomas Mayer, gekürzte Version*

DIE GELDSCHÖPFER EINE SCHWEIZER INITIATIVE FORDERT EIN NEUES GELDSYSTEM. GUT SO!

Vor vier Jahren gründete Hansruedi Weber den Verein für Monetäre Monetisierung. Herr Weber, der dem Verein heute vorsteht, sieht nicht nach einem Revolutionär aus. Er stellt sich als pensionierter Volksschullehrer vor. Dabei darf man sich „pensioniert“ ruhig wegdenken und den Volksschullehrer ganz groß schreiben. Denn Herr Weber und sein Verein wollen das Schweizer Volk über das Wesen des Geldes aufklären. Dabei kommen sie sich oft vor wie Lehrer, die Pubertie-



Dr. Thomas Mayer, ehem. Chefvolkswirt der Deutschen Bank

rende darüber aufklären, dass die kleinen Kinder nicht vom Storch gebracht werden.

Bei den Treffen der Aktivisten geht es um den Austausch von Erfahrungen beim Sammeln der Unterschriften aber auch um inhaltliche Fragen, mit denen sie konfrontiert werden: Stimmt es, dass eine Bank eine Immobilie mit selbst geschaffenen Geld erwerben kann? Antwort: Ja. Statt einer Kreditforderung erwirbt sie die Anlage. Sie muss nur aufpassen, dass die mit dem Erwerb verbundene Bilanzverlängerung die Eigenkapitalquote nicht unter eine kritische Grenze drückt. Auch darf sie nicht zu viel zahlen, sonst werden Abschreibungen fällig.

Besonders schwierig scheint es, Fachleute über die Entstehung des Geldes aufzuklären. Man berichtet von Bankvorständen, die sich beharrlich weigern, die Zeugung von Giralgeld durch Kreditvergabe der Banken anzuerkennen. Sie bestehen darauf, dass ihr Institut nur zwischen Sparern und Investoren vermittelt. Auch auf der Website der Schweizer Nationalbank entdeckte man Unstimmigkeiten: An einer Stelle die korrekte Beschreibung der Geldzeugung, an anderer das Ammenmärchen vom Storch. Amüsiert kommentiert man, dass es die Bank von England in ihrem Quarterly Bulletin letztes Jahr für nötig befand, ihre Leserschaft, die wohl eher zu den gehobenen Kreisen zu zählen ist, über die Zeugung von Geld aufzuklären. Die Deutsche Bundesbank setzt da an der richtigen Stelle an und erklärt den Sachverhalt schnörkellos in einem Buch für Schüler.

GELD AUS DEM NICHTS – EINE KLEINE SCHÖPFUNGS- GESCHICHTE...

Die Vollgeld-Initiative, für die derzeit Unterschriften gesammelt werden, will das Geldsystem der Schweiz reformieren. Um zu verstehen, was die Initianten wollen, muss zuerst geklärt werden, wie Geld heute entsteht.

Wer es nicht hat, braucht es. Wer es hat, spricht nicht darüber. Und nur wenige wissen, woher es kommt: das liebe Geld. Wer also macht und verteilt das Geld? Die Zentralbank und/oder der Staat: Dieser Meinung waren zumindest 84 Prozent der Teilnehmer einer Umfrage, die Ökonom Richard Werner in der Finanzmetropole Frankfurt durchführte. Und das ist auch richtig – zumindest für die Herstellung von Münzen und Banknoten. Die machen heute aber gerade noch zehn Prozent der in Umlauf befindlichen Geldmenge aus. Die anderen 90 Prozent sind nur in elektronischer Form als Zahlen in den Büchern der Geschäftsbanken festgehalten: das Giral- oder Buchgeld.

Aus Krediten werden Einlagen

Und woher kommt dieses Buchgeld? Es entsteht durch die Kreditvergabe von Geschäftsbanken, per Knopfdruck. Dies widerspricht der landläufigen Vorstellung, Banken würden das Geld von Sparern an Kreditwillige vermitteln, wie dies sogar in weiten Teilen der ökonomischen Theorie angenommen wird. In der Praxis kann eine Bank Kredite vergeben, ohne dass dem entsprechende Spareinlagen oder Notenbankgeld gegenüberstehen, wie jüngst der Ökonom Mathias Binswanger in seinem Buch «Geld aus dem Nichts» aufzeigte. Die Geschäftsbank verbucht in ihrer Bilanz den neuen Kredit auf der Habenseite und erhöht das Giro Guthaben des Kreditnehmers auf der Sollseite. In diesem Moment ist die gesamthaft im Umlauf befindliche Geldmenge um denselben Betrag angestiegen. Banken können aber auch Geld schaffen, indem sie Wertpapiere, Devisen oder Immobilien kaufen: Sie schreiben

dem Verkäufer einfach Buchgeld gut, das sie im Moment der Bezahlung selbst schaffen. Buchgeld ist kein gesetzliches Zahlungsmittel und stellt lediglich ein Versprechen der Bank dar, den Betrag auf Wunsch auszuzahlen. Ein Versprechen, das diese aber nur halten kann, so lange nicht zu viele Kunden gleichzeitig ihr Buchgeld in Bargeld wechseln wollen.

Und was macht die Nationalbank?

Können Banken folglich so viel Geld schöpfen, wie sie wollen? Nicht ganz. In der Schweiz müssen sie eine sogenannte Mindestreserve halten. Dafür benötigen sie Konten mit Zentralbankgeld bei der Nationalbank (SNB). Diese Reserven müssen mindestens 2,5 Prozent der Summe der Guthaben der Bankkunden entsprechen. Ihren Einfluss auf die Geldmenge übt die SNB aber vor allem über den Repo-Zins aus, zu welchem Banken neue Reserven beziehen können. Die Idee: Ein hoher Repo-Zins drosselt die Kreditnachfrage und somit die Geldschöpfung. Umgekehrt sollte eine Senkung des Repo-Zins zu einer beschleunigten Geldschöpfung führen. Muss es aber nicht. So konnten Banken etwa nach Ausbruch der Finanzkrise 2008 in vielen Ländern Reserven fast gratis beziehen. Die von den Banken verlangten Zinsen für die Kredite blieben aber oft auf hohem Niveau, die Kreditvergabe brach ein. Die SNB kann wohl die Geldschöpfung mit dem Repo-Zins billiger oder teurer machen. Ob aber Kredite unters Volk gebracht werden, entscheiden letztlich die Banken – beziehungsweise deren Gewinnaussichten.

...UND WAS DIE VOLLGELD-INITIATIVE DAMIT VORHAT

Sicheres Geld, Schluss mit Bankenretungen und Spekulationen mit selbst geschöpftem Buchgeld – was die Initianten vom Vollgeld erwarten.

Die Kritik am heutigen System der Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken ist vielfältig: überproportionales Geldwachstum, Anreize zur Spekulation, Krisenanfälligkeit, unsichere Kundeneinlagen. Doch was wollen die Initianten am bestehenden System der Geldproduktion eigentlich ändern?



Staatsmonopol auf Geldschöpfung

Das Kernanliegen der Initianten ist die Ausweitung des staatlichen Geldschöpfungsmonopols auf das Giralgeld: Die Schaffung von Buchgeld wäre also nur noch durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) möglich. Das von ihr geschaffene Giralgeld würde als gesetzliches Zahlungsmittel gelten – wie dies heute bei Münzen und Banknoten bereits der Fall ist. Zudem würde das neu geschaffene Geld schuldfrei in Umlauf gebracht: Geldschöpfung und Kreditwesen – sowie die damit verbundene Verschuldung – würden also getrennt. Von diesen Veränderungen erhoffen sich die Initianten eine Reihe von Vorteilen:

1. Geschäftsbanken als reine Kreditvermittler: Banken können Kredite nicht mehr durch eigene Geldschöpfung finanzieren, sondern müssen sich das benötigte Geld zuvor bei Sparern, anderen Banken oder der SNB beschaffen. Sie werden damit zu Vermittlern zwischen Sparern und Kreditnehmern.

2. Direkte Steuerung der Geldmenge: Während die SNB die Geldmenge heute primär über den Zinssatz zu beeinflussen sucht, könnte sie als einzige Buchgeldproduzentin die Geldmenge direkt steuern. Diese könnte somit auf den realwirtschaftlichen Bedarf abgestimmt werden. Inflation könnte effizienter verhindert werden.

3. Finanzblasen verhindern: Ein grosser Teil des heute von den Geschäftsbanken übermässig geschöpften Geldes landet statt in der Realwirt-

schaft in der Finanzwirtschaft – und befeuert Finanzblasen an Aktien und Immobilienmärkten. Dies könnte durch die direkte und adäquate Geldmengensteuerung verhindert werden.

4. Sicheres Geld: Gegenüber heute würde auch das Giralguthaben zu «Vollgeld», wäre also Eigentum des Kontoinhabers und nicht nur eine Forderung gegenüber der Bank. Da der Zahlungsverkehr wie auch die Girokonten der Kunden ausserhalb der Bankbilanz geführt würden, wären sie somit auch nicht von einer allfälligen Bankenpleite betroffen.

5. Keine Bankenrettung durch den Staat: Weil bei einer Bankenpleite Zahlungsverkehr und Giralguthaben der Kunden nicht mehr gefährdet wären, müsste der Staat auch nicht nach der «Too big to fail»-Doktrin rettend eingreifen. Eine Sozialisierung der Verluste bei Privatisierung der Gewinne wäre nicht mehr möglich.

6. Geldschöpfungsgewinn für die Gemeinschaft: Das neue Geld wird an Bund, Kantone oder Bürger verteilt. Die Gewinne aus der Geldschöpfung, genannt Seigniorage, kämen somit der ganzen Gesellschaft und nicht mehr nur den Geschäftsbanken zugute.

7. Reserven statt Staatsschulden: Wird das bestehende Buchgeld innert der anvisierten zehn bis 15 Jahre durch neues, staatliches Buchgeld ersetzt, wäre dies mit einem Geldschöpfungsgewinn von bis zu 300 Milliarden Franken verbunden. Damit könnte die Schweiz ihre Schulden vollumfänglich tilgen und sogar Reserven anlegen.

8. Fairer Wettbewerb: Da Banken kein Geld mehr herstellen können, können sie auch keine Wertpapiere oder Immobilien mit selbst geschöpftem Geld kaufen. Damit haben sie gleich lange Spiesse wie Firmen und natürliche Personen.

